

Resolution der Studierenden der Sozialökonomie (HWP)

Wir schließen uns dem Beschluss des Akademischen Senats der Universität Hamburg vom 12. Mai 2011 an:

Die Universität Hamburg ist durch permanente Unterfinanzierung und durch zahlreiche Bestimmungen des geltenden Hochschulgesetzes in der Weiterentwicklung von Forschung, Lehre und Bildung behindert worden. Der Akademische Senat hat sich mit seinen Beschlüssen mehrfach dagegen gewendet und für einen Kurswechsel plädiert.

- Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2011/12 bei voller Kompensation
- Für die verantwortungsvolle Verwirklichung der gesellschaftlichen Aufgaben der Universität
- Überwindung der Unterfinanzierung
- Aufstockung des Etat der Universität um errechnete 50 Mio. Euro gegenüber den Ansätzen der vergangenen Jahre um das strukturelle finanzielle Defizit dauerhaft zu beheben
- Mitwirkung aller Hochschulangehörigen und die Beteiligung aller Mitgliedsgruppen bei Entscheidungen der Hochschule sowie der Entwicklung der Wissenschaft
- Die Einrichtung von Organisationseinheiten (unterhalb der Fakultäten) muss im Gesetz soweit geregelt werden, dass dort geregelte Willensbildungsprozesse unter Beteiligung aller Gruppen möglich sind
- Verlagerung des vollen Wahlrechts bei Wahlen zu Leitungsorganen auf die Gremien
- Dieses volle Wahlrecht der Gremien sollte nicht durch eine mögliche Findungskommission auf die Wahl nur einer/s möglichen Kandidatin/en beschränkt werden
- Der Hochschulrat ist in ein Beratungsgremium umzuwandeln
- Für gleichberechtigte, kooperative Verhandlungen zur Entwicklung der Hochschule ist eine bedarfsdeckende Finanzierung der Hochschulen erforderlich

Die derzeitigen Probleme mit den Bachelor- und Masterstudiengängen machen eine umfassende Studienreform erforderlich. Der Senat sollte die Bedingungen dafür schaffen, dass die folgenden Vorhaben umsetzbar sind:

- Der Master muss zum Regelabschluss werden
- Jeder Bachelor-Absolvent muss die Möglichkeit erhalten, in seinem Fach/einem verwandten Fach einen Masterstudiengang ohne weitere Eingangsprüfung/Zulassungsbeschränkung zu belegen
- Schaffung der notwendigen Kapazitäten dafür
- Die Hochschulen müssen wieder über die Struktur der Studiengänge souverän entscheiden können
- Die Möglichkeit, Studiengänge auch in der klassischen Struktur und mit den tradierten Abschlüssen anzubieten, wenn dies wissenschaftlich geboten ist
- Die Gremien auf der zentralen Hochschulebene erhalten wieder entscheidende Rechte in Bezug auf die Einrichtung, Änderung und Aufhebung von Studiengängen bzw. in der „Qualitätssicherung“
- Die Akkreditierungspflicht ist abzuschaffen
- Die Verantwortung für die wissenschaftliche Entwicklung der Studiengänge muss auf der wieder einzurichtenden Gremien-Ebene der Fachbereiche/Departments liegen
- Auf der Fachbereichs-/Departments-Ebene müssen regelhaft Studienreformausschüsse/Ausschüsse für Lehre und Studium vorgesehen sein
- Die Regelstudienzeiten müssen an die durchschnittliche Studiendauer angeglichen werden

Bei der baulichen Entwicklung ist der wissenschafts- und bildungspolitische Bedarf der Universität an die erste Stelle zu rücken:

- Die angestrebte Verstärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit in Forschung und Lehre setzt eine große räumliche Nähe der beteiligten Akteure voraus
- Der bewusste Umgang mit der Geschichte ist die Basis einer souveränen Entwicklung der Universität in gesellschaftlicher Verantwortung.

Wir fordern als Studierende des Fachbereichs Sozialökonomie als Nachfolgeeinrichtung der Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik (HWP) darüber hinaus: „**HWP-Strukturen stärken – WiSo-Fakultät und Uni demokratisieren!**“ Konkret verstehen wir darunter:

- Erhalt und Sicherung des Fachbereichs Sozialökonomie mit den vier interdisziplinären Fachgebieten BWL, VWL, Rechtswissenschaft und Soziologie sowie den 40-prozent-quotierten offenen Hochschulzugang für Menschen ohne Abitur,
- die Fachgebietsausschüsse BWL, VWL, Rechtswissenschaft und Soziologie wieder als gesetzlich legitimierte Gremien anerkennen sowie demokratische Wahlen der Fachgebietssprecher*innen,
- Personalhoheit, Berufungsrecht und Budgethoheit für und durch einen Fachbereichsrat bzw. Fachbereichsvorstand Sozialökonomie
 - sofortige Nachbesetzung der freigewordenen Professuren im Fachbereich. Mehr Lehrende -vorzugsweise Professor*innen- und somit mehr Kurse für ein besseres Betreuungsverhältnis und qualitativ hochwertigere Lehre,
 - Erhalt der Arbeitsrechtslehre/Arbeitnehmer*innenrechte im Fachbereich,
 - wieder eine Personalstelle für Öffentlichkeitsarbeit sowie Werbung für das Studium ohne Abitur,
 - Erhalt der Personalstelle „Leiter*in“ unseres International Office,
 - Erhalt und Ausbau des Angebots an Tutorien,
 - Entscheidungskompetenzen über die interdisziplinäre Lehre und Forschung dem Fachbereich Sozialökonomie zurück geben,
- die Partizipation aller Mitgliedsgruppen/Statusgruppen durch einen demokratisch viertelparitätisch gewählten Fachbereichsrat Sozialökonomie durch die Wiedereinführung der Entscheidungsebene Fachbereiche als eine demokratische Entscheidungsebene unterhalb der Fakultäten innerhalb der Akademischen Selbstverwaltung,
- die Demokratisierung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften durch Aufwertung des Fakultätsrats und ersetzen des Dekanats durch einen gewählten Fakultätsvorstand.

Wir zeichnen uns durch das gemeinsame Studium von Menschen mit und ohne Abitur aus. Gesellschaftliche Verantwortung ist für uns wichtiger als vorgesetzte Anforderungen eines fremdbestimmten Arbeitsmarktes. Wir wollen auch weiterhin ein kritisches, interdisziplinäres und wissenschaftliches Studium und kein ökonomisiertes Mainstreamstudium.

Wenn die Kürzungspläne des vorherigen schwarz-grünen und des jetzigen SPD-Senats umgesetzt werden, drohen auch unserem Fachbereich massive Einsparungen bis hin zur Abschaffung unseres Studiengangs. Darum verlangen wir mit Nachdruck die sofortige und dauerhafte bedarfsgerechte Finanzierung unseres Fachbereichs Sozialökonomie, der Universität Hamburg sowie aller öffentlicher Hochschulen!

Die Sozialökonomiestudierenden der Universität Hamburg

Beschlossen auf dem studentischen HWP-Plenum am 24. Mai 2011